

Presseinformation



Wiesbaden, 18. September 2015

Bevollmächtigter für Integration und Antidiskriminierung besucht die Universitätsstadt Marburg

Land Hessen und Universitätsstadt setzen mit WIR-Programm auf Integration

Marburg. Bei seinem Besuch der WIR-Regionen Hessens hat Staatssekretär Jo Dreiseitel am Freitag in Marburg zusammen mit Oberbürgermeister Egon Vaupel, Bürgermeister Dr. Franz Kahle sowie mit den WIR-Koordinatorinnen, Adjı Gaye und Franziska Engelhardt, den außerordentlichen Erfolg des gleichnamigen Integrationsprogrammes betont. Das Projekt wurde vom Land Hessen initiiert und finanziert und von den Kommunen umgesetzt.

„Meine Gesprächspartner bestätigen mir die gute Zusammenarbeit. Genau diese aktive Integrationspartnerschaft ist ein wichtiges Ziel des Landesprogramms WIR, das mir besonders am Herzen liegt“, erklärte der Staatssekretär in Marburg. „Nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Ebenen werden wir die Herausforderungen, die sich auch durch die aktuell hohe Zahl der Zuwanderung nach Hessen ergeben, meistern. Davon bin ich zutiefst überzeugt.“

Bei einem Besuch des Projekts „Bildungspartnerschaften“ in Marburg konnte sich der Staatssekretär auch davon überzeugen, wie engagiert die als Bildungspatinnen ehrenamtlich aktiven Frauen arbeiten, die häufig über einen eigenen Migrationshintergrund verfügen. „Besonders die eigenen muttersprachlichen Fähigkeiten

der Patinnen ermöglichen den direkten Zugang zu den Eltern. Nur so kann eine Aktivierung und damit bestmögliche Unterstützung der Kinder und Jugendlichen gewährleistet werden“, so Staatssekretär Dreiseitel.

„Bei dem Projekt geht es um Angebote an Familien mit Migrationshintergrund. Die Bildungspatinnen arbeiten mit Gruppen von Eltern und Kindern, helfen in den Schulen und Kindergärten und fördern den Dialog zwischen den Familien im Stadtteil und allen beteiligten Institutionen“, erläuterte Marburgs Oberbürgermeister Egon Vaupel. Auch Sprachkurse, Qualifizierungsmaßnahmen oder Bildungsfahrten gehörten zum Projekt.

Über 140 verschiedene Nationen lebten in der Universitätsstadt Marburg zusammen, so das Stadtoberhaupt. „In Marburg haben wir verstanden und spüren jeden Tag, dass Menschen, die aus anderen Ländern zu uns kommen, eine Bereicherung für unsere Stadt und unsere Gesellschaft sind“, waren sich Oberbürgermeister Egon Vaupel und Bürgermeister Dr. Franz Kahle einig. „Das Projekt „Bildungspartnerschaften“ leistet einen enormen Beitrag dazu, dass Menschen sich in unsere Gesellschaft integrieren und ermöglicht gleiche Bildungschancen für alle“, unterstrich Bürgermeister Kahle.

Das Projekt „Bildungspartnerschaften“ wurde von 2007 bis 2010 zunächst auch mit Hilfe von Landesmitteln in Höhe von 90.000 € umgesetzt. Nach einer ersten Anlaufphase ist es nun gelungen, den Ansatz mit kommunalen Mitteln fortzusetzen. Besonders viel Wert wird über die Aktivierung und Unterstützung der Familien hinaus auf die Vernetzung in den jeweiligen Stadtteil gelegt. Hier sorgen die Familienpatinnen für einen regen Informationsaustausch zwischen allen Akteuren und Institutionen. Insgesamt sind zurzeit 15 Familienpatinnen ehrenamtlich tätig (jeweils vier in den Stadtteilen Richtsberg, Stadtwald und Waldtal und drei im Stadtteil Wehrda).

In Stadtallendorf erfuhr der Bevollmächtigte für Integration und Antidiskriminierung, dass gerade das Thema Diskriminierung im Landkreis Marburg-Biedenkopf sehr intensiv und professionell bearbeitet wird. So setzt sich die Stabsstelle im Büro für Integration intensiv mit dem Thema Diskriminierung auseinander. „Vor dem Hintergrund steigender Zuwanderungs- und Flüchtlingszahlen nach Deutschland, ist es besonders wichtig, auch auf mögliche diskriminierende oder gar rassistische Bemerkungen und Handlungen schnell und professionell reagieren zu können“, so Staatssekretär Dreiseitel. Hier lobte der Staatssekretär, das Engagement der WIR-Koordinatorin, die den Landkreis aktiv

bei der Einwerbung von Projektmitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ unterstützt hat.

„Auch das Recht auf eine diskriminierungsfreie Umgebung gehört zu einer guten Willkommens- und Anerkennungskultur dazu“, betonte Dreiseitel. Die Einrichtung der hessischen Antidiskriminierungsstelle im Januar 2015 stellt dabei einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einem diskriminierungsfreien Hessen dar.

Angesiedelt ist die Hessische Antidiskriminierungsstelle als Stabsstelle im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) und direkt dem Bevollmächtigten der Landesregierung für Integration und Antidiskriminierung, Staatssekretär Jo Dreiseitel, zugeordnet. Das ist ein deutliches Signal und zeigt, welchen Stellenwert die Landesregierung der Antidiskriminierungsarbeit in Hessen zuschreibt.
